

## Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/003/2011
Datum	Dienstag, 15.11.2011
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	12:00 Uhr

## Anwesenheit

Vorsitzender Mederer, Josef

Ausschussmitglieder  
 Ammer, Andreas  
 Broschei, Hiltrud  
 Eichiner, Reinhard  
 Geiger, Rudolf  
 Heigl, Marianne  
 Loy, Josef  
 Neubauer, Martina  
 Rippel, Dieter  
 Schwab, Harald  
 Waldmann, Ruth  
 Weiß, Ilse

Sachverständige  
 Bauer, Günther Dr.  
 Fürst, Erika  
 Majewski, Karin  
 Neuwinger, Hannegret  
 Niedermeier, Andreas  
 Orlich, Ralf Dr.  
 Schmied, Robert Dr.  
 Selensky, Peter  
 Stein, Petra  
 Strauch, Rainer  
 Urek, Michael  
 Utz, Oswald

i. V. für Herrn Johannes Schärfl

Verwaltung  
 Brinckmann, Ernst  
 Bruckmann, Wolfgang Dr.  
 Hange, Ulrich Dr.  
 Heffner, Albert  
 Hirschhuber, Andrea  
 Kumetz, Michael  
 Sonntag, Gert  
 Tobolar-Karg, Marga  
 Wirth, Peter

Sonstige Jenkner, Beate

Protokollführerin      Hladik, Christine

**Entschuldigt**

Ausschussmitglieder      Hügenell, Helga

Sachverständige      Freitag, Bernhard  
Schärfl, Johannes  
Schroll, Dieter  
Seuß, Christian  
Straub, Eva

# Tagesordnung

## I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Vorberatung des Bezirkshaushalts 2012: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Budget 3 - Soziales und Jugend (Einzelplan 4)
TOP 3	Fortschreibung Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung für den Planungszeitraum 2013/2014 - hier: Vorstellung der Sozialplanungsthemen
TOP 4	Rahmenleistungsbeschreibung für Zuverdienstarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Oberbayern als Anlage zur Förderrichtlinie
TOP 5	Einmalige Sonderleistung an den BLWG e.V. zur Qualifizierung der Mitarbeiter in Deutscher Gebärdensprache
TOP 6	mündlicher Bericht zum Konzept zum Verhandlungsmanagement
TOP 7	mündlicher Sachstandsbericht zur Mobilitätshilfe
TOP 8	mündlicher Sachstandsbericht zum AK Steuerungsmechanismen
TOP 9	Antrag der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Oberbayern bezüglich der Verschiebung der Reform der Pflegeversicherung
TOP 10	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

## TOP 1                    **Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

	<b>angenommen wie Vorschlag</b>	<b>Ja 12    Nein 0</b>
--	---------------------------------	------------------------

## TOP 2                    **Vorberatung des Bezirkshaushalts 2012: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Budget 3 - Soziales und Jugend (Einzelplan 4)**

Der ungedeckte Bedarf des Budget 3 – Soziales und Jugend ohne die Einnahmen nach Art. 15 FAG und die Mehreinnahmen aus der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung steigt gegenüber dem Vorjahr um 79.657.600 € an. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 7,08 % im Budget 3.

Werden die Mehreinnahmen in Höhe von 17.749.000 € aus der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung berücksichtigt, verringert sich der Zuschussbedarf auf 61.908.600 €. Gegenüber dem Jahr 2011 steigt der ungedeckte Bedarf damit um 5,50 %.

Dieser Steigerungsrate lassen sich insbesondere folgende Entwicklungen im Budget 3 gegenüber stellen:

- |   |              |
|---|--------------|
| • Hilfe zur Pflege                            | + 4,2 Mio €  |
| • Eingliederungshilfe für behinderte Menschen | + 57,0 Mio € |
| • Nebenleistungen:                            |              |
| Hilfe zum Lebensunterhalt                     | + 2,6 Mio €  |
| Hilfen zur Gesundheit                         | + 2,3 Mio €  |
| Leistungen der Grundsicherung                 | + 3,3 Mio €  |
| • Delegierte Aufgaben                         | + 6,5 Mio €  |
| • Kinder- und Jugendhilfe                     | + 2,4 Mio €  |

	Dem Budgetentwurf 3 – Soziales und Jugend für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2012 wird zugestimmt.
	Die Verwaltung wird weiterhin gebeten, zu erläutern, wie die Haushaltsansätze zur „Offenen Behindertenarbeit“, den „Gerontopsychiatrischen Diensten“ und der „Förderung der Wohlfahrtspflege“ zustande gekommen sind. Die Erläuterungen sind dem Protokoll angehängt.
	Im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss soll nochmals grds. erläutert werden, wie die Haushaltsansätze zustande kommen.
	<b>angenommen wie Vorschlag</b>
	<b>Ja 12    Nein 0</b>

## TOP 3                    **Fortschreibung Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung für den Planungszeitraum 2013/2014 - hier: Vorstellung der Sozialpla- nungsthemen**

Herr Sonntag informiert, dass die Sozialplanungsthemen für den nächsten Sozialbericht identifiziert und in 10 strategische Handlungsfelder zusammengeführt wurden und erläutert diese eingehender im mündlichen Sachvortrag. Bei der Bildung der strategischen Handlungsfelder wurden die

eingegangenen Rückmeldungen zum ersten Sozialbericht und weitere Impulse der Trägerverbände und der Politik sowie von Mitgliedern des Gremiums GSV berücksichtigt.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationen zur Fortschreibung des Sozialberichtes im Rahmen der Gesamtsozialplanung für den Planungszeitraum 2013/2014 zur Kenntnis.

Dem Protokoll wird die Präsentation der strategischen Handlungsfelder beigelegt.

**zur Kenntnis genommen**

#### **TOP 4      Rahmenleistungsbeschreibung für Zuverdienstarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Oberbayern als Anlage zur Förderrichtlinie**

Die in der Anlage vorgelegte Rahmenleistungsbeschreibung wurde im Laufe des Jahres 2011 in sechs Sitzungen gemeinsam mit den Trägerverbänden erarbeitet. Sie enthält allgemeine Informationen über diese Leistungsart in Oberbayern und definiert die Struktur, die Zahl und Qualifikation der Begleitpersonen. Die Rahmenleistungsbeschreibung ist für Antragsteller neuer und älterer Projekte zur Beantragung von Leistungen und Finanzierungen beim Bezirk Oberbayern einheitlich zu gestalten.

Die Einheitlichkeit der Unterlagen ermöglicht auch eine einheitliche Durchführung von Qualitätsprüfungen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der vorgelegten Rahmenleistungsbeschreibung als Anlage zur Förderrichtlinie Zuverdienstarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in Oberbayern zu. Die Anlage findet ab dem 01.01.2012 Anwendung. Die Formulare zur Rahmenleistungsbeschreibung werden dem Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner ersten Sitzung im Jahr 2012 zur Abstimmung vorgelegt.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet das Gremium GSV, sich in seiner nächsten Sitzung mit der Schnittstellenproblematik zur Aufgabenabgrenzung zu den Jobcentern inhaltlich zu befassen.

**angenommen**

**Ja 12    Nein 0**

#### **TOP 5      Einmalige Sonderleistung an den BLWG e.V. zur Qualifizierung der Mitarbeiter in Deutscher Gebärdensprache**

Die Heilpädagogische Tagesstätte (HPT) des Bayerischen Landesverbandes für die Wohlfahrt Gehörgeschädigter (BLWG) in Johanniskirchen wird sich zum 01.01.2012 um ca. 45 Plätze erweitern, da die HPT der Landesschule für Gehörlose schließen wird. Um die Betreuung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen ist die sofortige Einstellung von ca. 10 Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen erforderlich, die insbesondere eine Weiterbildung in der Deutschen Gebärdensprache benötigen. Diese Sondersituation wird über eine einmalige Leistung von max. 9.650 € bezuschusst. Die Einrichtung wird aufgefordert, in die Arbeitsverträge mit den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Rückzahlungsklausel dieser Fortbildungskosten bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis aufzunehmen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern bewilligt dem Bayerischen Landesverband für die Wohlfahrt Gehörgeschädigter (BLWG) e. V. eine einmalige Sonderleistung in Höhe von 9.650 €. Der Verein finanziert mit dem Betrag die Weiterqualifizierung von ca. 10 Mitarbeitern innerhalb der nächsten 3 Jahre in der Deutschen Gebärdensprache für den Einsatz in der Heilpädagogischen Tagesstätte.

**angenommen wie Vorschlag**

**Ja 12 Nein 0**

## **TOP 6            mündlicher Bericht zum Konzept zum Verhandlungsmanagement**

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 05.05.2011 wurde die Verwaltung im Zusammenhang mit der Frage nach der Umsetzung von Tarifierhöhungen beauftragt, allgemeine Verhandlungsgrundsätze für die Führung von Vergütungsverhandlungen zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzulegen. Der inzwischen ausgearbeitete Entwurf eines Konzeptes, das auch an Verbände und Einrichtungsvertreter gerichtet ist, beschreibt die Grundvorstellungen der Sozialverwaltung hinsichtlich des Ablaufs von Verhandlungen nach §§ 75 ff. SGB XII. Wie in verschiedenen Gremien bereits angekündigt, soll damit soweit als möglich Klarheit geschaffen werden hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen nach z. B. vorzulegenden Unterlagen, dem Zusammenwirken von Regional- und Behindertenkoordination und Entgeltbereich, der Anforderung von Istkosten etc.

Vor der letzten Sitzung der AGBEK wurde dieser Entwurf den Verbandsvertretern kurzfristig zugeleitet und in der Sitzung am 11.11.2011 erstmals mündlich vorgestellt. Die Rückmeldungen dazu werden noch abgewartet, bevor das Konzept zur nächsten Sitzung dem Sozial- und Gesundheitsausschuss endgültig zugeleitet und vorgestellt werden soll.

Die Mitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

## **TOP 7            mündlicher Sachstandsbericht zur Mobilitätshilfe**

Herr Wirth berichtet, dass die Verwaltung künftig durch einen Hinweis im Flyer, im Merkblatt zur Mobilitätshilfe sowie im Erinnerungsschreiben über den Ablauf des Bewilligungszeitraums über die Möglichkeit individueller Sonderregelungen informieren wird.

Die Mitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

## **TOP 8            mündlicher Sachstandsbericht zum AK Steuerungsmechanismen**

Am 18.11.2010 wurde gemäß einem Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses die Verwaltung beauftragt, Steuerungsmechanismen zur Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Behinderung gemeinsam mit den Leistungserbringern zu entwickeln und bis Ende 2011 verschiedene Modelle vorzustellen, stationäre Wohnheimplätze abzubauen und entsprechend ambulante Strukturen zu schaffen. Dies sollte durch gezielte Förderung die Übergangsphase für die Leistungserbringer abfedern und attraktiv gestalten.

In mehreren Sitzungen wurde dieser Auftrag in der AGBEK mit den Leistungserbringern behandelt und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe von der BEK beschlossen. Die Leistungserbringer haben in einer ausführlichen Stellungnahme ihre Position und ihre Zielsetzungen dargelegt, die Arbeitsgruppe hat sich erstmals am 14.11.2011 getroffen. Dabei hat sich herausgestellt, dass zur Zielerreichung die Beteiligung von Bezirkspolitik, Städte- und Landkreistag, der Regierung von Oberbayern und der Betroffenen für notwendig erachtet wird und die Bearbeitung im Rahmen eines GSV-Projektes zielführender erscheint.

Die Sozialverwaltung und die Vertreter der Leistungserbringer haben nachfolgende Tischvorlage für den TOP 8 der heutigen Sitzung formuliert:

### **Ergebnis der Sitzung des Arbeitskreises Steuerungsmechanismen auf der Grundlage des Beschlusses des SozGA vom 18.11.2010 und nachfolgender Beschlüsse der BEK und AGBEK**

Als Tischvorlage für die Sitzung des SozGA am 15.11.2011:

„Die Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern und die Verbände der Leistungserbringer verstehen Ihren Arbeitsauftrag aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 18.11.2010 über den dortigen klaren Wortlaut hinaus weitergehend: Es sollte es um die qualitative Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Bereich Wohnen vor dem Hintergrund der Kriterien Bedarfsorientiertheit, Personenzentriertheit, Wunsch- und Wahlrecht, Durchlässigkeit der Systeme und Stärkung der Lebensqualität der Leistungsberechtigten gehen, welche u. a. durch das Mittel der Steuerung der Angebotsstruktur auf der Basis von Wirtschaftlichkeit erreicht werden soll.

Im Rahmen eines GSV-Projekts mit Beteiligung der Bezirkspolitik, von Städte- und Landkreistag, der Regierung von Oberbayern und der Betroffenen soll erarbeitet werden, bei welchen Leistungen Veränderungsbedarfe zur Zielerreichung gesehen werden und wie diese umgesetzt werden können (z. B. auch eine Umsteuerung des Ausbaus stationärer Plätze zu mehr ambulanten Angeboten, wo erforderlich, ggf. mit Anreizsystemen etc.).

Hierfür wird ein Zeitfenster von 3 Jahren ab dem heutigen Datum (15.11.2011) für erforderlich erachtet.

Die Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern und die Leistungserbringerverbände bitten daher den Sozial- und Gesundheitsausschuss am 15.11.2011 darum, den Arbeitsauftrag entsprechend zu modifizieren und über die politische Beteiligung im Rahmen eines GSV-Projekts zu beschließen.“

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, den Arbeitsauftrag entsprechend den Ausführungen in der Tischvorlage zu modifizieren und beschließt eine politische Beteiligung im Rahmen eines GSV-Projekts.  
Die Fraktionen werden gebeten, hierfür je ein Mitglied in die Arbeitsgruppe zu entsenden.

**angenommen**

**Ja 12 Nein 0**

### **TOP 9           Antrag der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Oberbayern bezüglich der Verschiebung der Reform der Pflegeversicherung**

Herr Wirth erläutert die Sitzungsvorlage und betont insbesondere die Notwendigkeit der baldigen Reform der Pflegeversicherung. Die Höhe der Pflegeversicherungsleistungen müsse unabhängig von der Wohnform sein. Er weist weiter darauf hin, dass diese Reform nicht kostenneutral erfolgen

könne, die Ausweitung des Personenkreises aber im SGB XI aufgefangen werden müsse. Wichtig sei auch, dass die Schnittstelle zur Eingliederungshilfe streitfrei gestaltet sein müsse.

Nach eingehender Diskussion wird folgender geänderter Beschluss gefasst:	
<b>4. a Beschlussvorlage für den Sozial- und Gesundheitsausschuss am 15.11.2011</b>	
Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Bezirksausschuss den Beschluss folgender	
Resolution:	
Der Bezirk Oberbayern beobachtet mit großer Sorge die Verzögerungen bei der Reform der Pflegeversicherung.	
Er fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, alles Erforderliche zu unternehmen, dass ein Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, wie er von dem von der Bundesregierung eingesetzten Beirat entwickelt wurde, noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten kann.	
Pflegeversicherungsleistungen sind darin für alle versicherten Bürgerinnen und Bürger in gleichem Umfang vorzusehen, unabhängig davon, in welcher Wohnform sie leben.	
Der durch einen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff eintretende Anstieg der Zahl der Pflegeberechtigten muss im SGB XI aufgefangen werden.	
<b>angenommen</b>	<b>Ja 12 Nein 0</b>

## TOP 10      Bekanntgaben und Sonstiges

Herr BTP Mederer verabschiedet Frau Majewski in ihrer Funktion als Sprecherin der ARGE freie.

Herr Dr. Bauer bedankt sich nochmals für die Vorverlegung des Sozial- und Gesundheitsausschusses auf den 15.11.2011 aufgrund des Buß- und Bettages am 16.11.2011.

Er lädt alle Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses herzlich zum Gottesdienst am Buß- und Bettag in die Matthäus-Kirche ein.

**zur Kenntnis genommen**

Um 12:00 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.



Josef Mederer  
Bezirkstagspräsident



Christine Hladik  
Protokollführerin